

Medizinische Fakultät soll von einem Ausschuss gelenkt werden

VON JULIA PAULAT

KIEL - Der Plan, die beiden Medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck selbstständig zu erhalten, nimmt Gestalt an. Dazu soll ein übergeordneter Ausschuss eingerichtet werden, der die Finanzmittel für beide Fakultäten verteilt und Professoren beruft. „Die Abstimmung kommt gut voran“, erklärte Wissenschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) gestern. Das neue Hochschulgesetz soll noch vor der Sommerpause eingebracht werden – zusammen mit einem Gesetzentwurf über die Einführung von Studiengebühren.

Nach den neuesten Plänen wird der übergeordnete Ausschuss mit je einem Rektoratsmitglied aus Kiel und Lübeck sowie je zwei Vertretern der Fakultäten besetzt. Die Leitung wird einem externen „Medizin-Manager“ übertragen. Hauptaufgabe des Gremiums: 75 Millionen Euro Landesmittel auf die Fakultäten zu verteilen. Dazu soll auch eine hauptamtliche Geschäftsstelle eingerichtet werden.

Unabhängig davon hält Auster-

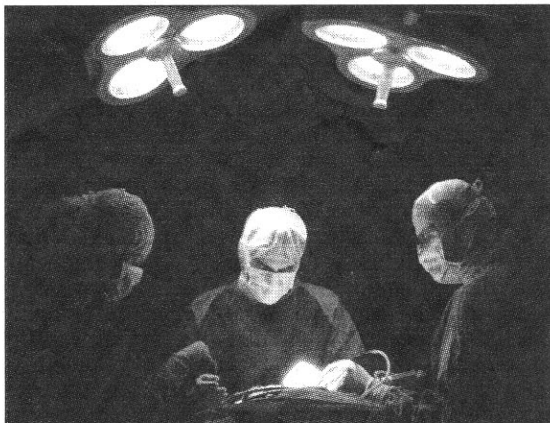
mann an den Plänen für eine Landes-Uni fest. „Aus meiner Sicht ist es besser, ein gemeinsames Dach zu haben“, betonte er. So könnten Studenten besser ausgewählt und Fächer untereinander abgestimmt werden. Es gebe in Deutschland durchaus Universitäten, die Fakultäten doppelt vorhielten.

Der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz, Professor Heiner Dünkel (Universität Flensburg), erteilte den Plänen für eine Landes-Uni unterdessen erneut eine klare Absage: „Das halten wir nicht für sinnvoll.“ Er forderte eine klare Kosten-Nutzen-Analyse. Es sei nicht sorgfältig genug geprüft worden, ob tatsächlich die erhofften Spareffekte erreicht werden. Im Moment be-

finde man sich im Bereich von Hypothesen.

„Wir sind aufgefordert, endlich zu entscheiden“, konterte Austermann, der es für möglich hält, dass die Entscheidung über die Landes-Uni erst im Kabinett fällt. Schleswig-Holstein müsse wegkommen von unterfinanzierten Hochschulen – hin zu mehr Personal und einer besseren Ausstattung. Dabei spielen auch die Studiengebühren eine Rolle. Austermann will schon ab Wintersemester 2007/2008 pro Semester 500 Euro verlangen. „Ich bin zuversichtlich, dass wir die SPD in wesentlichen Teilen zur Zustimmung bringen“, so der CDU-Minister. Die Sozialdemokraten lehnen die Gebühr bisher ab.

In Lübeck werden die Pläne für den Erhalt der Medizinischen Fakultät vorsichtig aufgenommen. Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) sagte, es müsse sichergestellt sein, dass die Fakultät ein „ausreichendes Maß an Selbstständigkeit“ behalte, um ihre Entwicklung allein bestimmen zu können. „Es kann nicht sein, dass die Uni fremdgesteuert wird.“



Die medizinischen Fakultäten in Lübeck will selbstständig bleiben – ebenso wie die in Kiel. Foto: CHRISTINE SILZ